

Politik und Vertrauen

„Vertrauen ist die Basis des politischen Zusammenwirkens. Es darf nicht angetastet werden. Vertrauen ist einfach entscheidend.“ So hat Konrad Adenauer 1963 sein Grundverständnis von einer funktionierenden Demokratie umrissen. Derzeit ist das Vertrauen der Deutschen in die Handlungsfähigkeit des Staates auf einen historischen Tiefpunkt gefallen. Bei einer neuen Forsa-Befragung haben nur noch 27 % den Staat für fähig erklärt, seine Aufgaben etwa in der Bildungs-, Flüchtlings- und Klimapolitik zu erfüllen. Für immer mehr Beobachter reduziert sich die Wahrnehmung des Regierungshandelns auf Ankündigungs-Rituale und leere Inszenierungen. Die Abwärtsspirale bei der Akzeptanz, die mit wachsender Politik-Verdrossenheit begann, beschleunigt sich in besorgniserregender Weise. Der alarmierende Vertrauensverlust ist auf Sicht geeignet, das Fundament der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu gefährden.

„Zenit überschritten“

Schon Ludwig Erhard hat bekanntlich auf den untrennbaren Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Prosperität und Vertrauen hingewiesen. Legt man diesen Maßstab zugrunde, so geht die Bundesrepublik schweren Zeiten entgegen. Denn: Das Vertrauen der Deutschen in die Stärke des Landes ist – laut einer neuen Allensbach-Umfrage – in nur wenigen Monaten dramatisch gefallen. Jeder zweite Bundesbürger erwartet, dass Deutschland in zehn bis 15 Jahren nicht mehr zu den führenden Wirtschaftsnationen der Welt gehören wird. Der Anteil der Bürger, die die Bundesrepublik für einen sehr guten Wirtschaftsstandort halten, ist seit 2022 von damals 71 % auf jetzt 41 % abgestürzt. Interessant ist auch ein Blick auf die Einschätzung der Führungskräfte in den Unternehmen: Hier vertreten sogar 58 % die Auffassung, dass Deutschland seinen Zenit überschritten habe. Und 76 % der Entscheider halten die Sorge für berechtigt, dass die hohen Energiekosten zu einer Deindustrialisierung führen. Obwohl viele Ursächlichkeiten der politischen Misere auch von Vorgänger-Regierungen verursacht worden sind, wird der allgemeine Vertrauensschwund vor allem mit der Ampel-Koalition verbunden. So bezweifeln 76 % der Befragten, dass die amtierende Bundesregierung das Land überhaupt voranbringen kann. 55 % gehen davon aus, dass die Ampel-Politik den Wirtschaftsstandort eher schwäche. Entsprechend desaströs präsentieren sich die Kompetenzwerte der Parteien: Nur je 7 % trauen der SPD und der FDP zu, den Standort stärken zu können. Bei den Grünen sind es lediglich 5 %.

„Politischer Kurswechsel“

Bestätigt wird dieser Vertrauensverlust durch die aktuelle Stimmung in der Industrie, die mit hohen Energiepreisen, Bürokratie und Fachkräftemangel zu kämpfen hat. Die Konsequenz erweist sich als fatal: Einer DIHK-Befragung zufolge plant oder realisiert bereits fast ein Drittel der Industrieunternehmen die Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland oder die Einschränkung der Produktion im Inland. Im Vergleich zur Vorjahresumfrage entspricht dies einer Verdoppelung. Bei großen Betrieben mit über 500 Mitarbeitern liegt der Anteil der abwanderungswilligen Firmen sogar bei 43 %. Hier sind bereits fast zwei Drittel der Maßnahmen angelaufen oder abgeschlossen. Zu den namhaften Kritikern der deutschen Standortpolitik zählt der Familienunternehmer Nikolas Stihl, dessen Gruppe mit über 20.000 Beschäftigten einen Umsatz von 5,5 Mrd. Euro erwirtschaftet. Er merkt an: *„Deutschland ist als Standort sogar teurer als die Schweiz. Zwar sind die Löhne im Nachbarland höher, aber die Arbeitsstunde ist in Deutschland unterm Strich teurer. Die Schweizer arbeiten deutlich länger und haben weniger Urlaubs- und Feiertage.“* Mit Blick auf sein deutsches Stammwerk mit 6.000 Mitarbeitern merkt Stihl an: *„Wir nehmen dafür echte betriebswirtschaftliche Nachteile in Kauf. Das geht aber nur bis zu einer gewissen Grenze.“* Vor diesem Hintergrund hat die Stiftung Familienunternehmen und Politik einen 'Pakt für Deutschland' vorgeschlagen, um den Standort wieder fit zu machen. Dabei gehe es nicht *„um kleinteilige Reparaturmaßnahmen“*, sondern um einen *„mutigen politischen Kurswechsel“*. Dringend notwendig sei eine Agenda zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, um die Deindustrialisierung und die Abwanderung zu stoppen. Der Zehn-Punkte-Plan umfasst die Forderung, die EU-Überregulierung zu stoppen und den Bürokratieabbau schnellstens voranzutreiben. Außerdem sollen die Unternehmenssteuern gesenkt und die steuerliche Verlustverrechnung ausgeweitet werden. Beim Klimaschutz müsse es Versorgungs- und Planungssicherheit geben. Notwendig seien darüber hinaus die Senkung der Arbeitskosten, die Verbesserung der Produktivität und die Entlastung der Verwaltung für ihre Kernaufgaben.

„Zauber verloren“

Ausländische Beobachter betrachten die selbstzerstörerischen Entwicklungen in Deutschland mittlerweile mit Verwunderung, Unverständnis und Ratlosigkeit. Bei mit deutschen Unternehmen im harten Clinch stehenden Wettbewerbern aus der Euro-Zone, den USA und China machen sich Erleichterung und auch Schadenfreude breit. Der Chef eines italienischen Anlagenbauers stellt fest: *„Die deutschen Hersteller sind dabei, ihre früheren Wettbewerbsvorteile bei Produktivität und konkurrenzfähigen Preisen zu verspielen.“* Im Juni 1999 hat das britische Wirtschaftsmagazin Economist Deutschland als *„kranken Mann Europas“* titulierte. Im August 2023, also 24 Jahre später, wiederholt das Magazin in einer Titelgeschichte voller negativer Fakten und Trends diese Einschätzung. Und das renommierte Wall Street Journal bringt seine Sicht mit der Schlagzeile *„Deutschland verliert seine Superkraft“* auf den Punkt. Das Blatt listet eine Reihe bedenklicher Tatsachen und Symptome auf. Deutschland sei weltweit die einzige bedeutende Wirtschaftsmacht, die schrumpfe. Die seit 2018 anhaltende Stagnation von Industrieproduktion und BIP zeige, dass das deutsche Erfolgsmodell seinen Zauber verloren habe. Europas wichtigste Volkswirtschaft tue sich schwer, sich zeitgemäß zu modernisieren. China, einst bester Kunde der deutschen Autobauer, sei inzwischen zu einem ernsthaften Konkurrenten geworden. Bei der E-Auto-Revolution hinke Deutschland hinterher. Vor dem Hintergrund der überalterten Infrastruktur, des schrumpfenden Arbeitskräftepotenzials sowie der schlechten Internet- und Mobilfunkverbindungen zieht das WSJ das Fazit: Der jahrelange Boom vergangener glorreicher Zeiten habe das Land selbstzufrieden und selbstgefällig gemacht – und offenbar blind für seine Schwächen bei ausufernder Bürokratie und einem erstarrten Dienstleistungssektor. Im Klartext kommentiert der Ökonom Josef Joffe (Stanford University) die aktuelle Situation: *„Deutschland leidet derzeit an zwei langwierigen Krankheiten. Allen voran das Versagen, ein altes Industrie-System in eine wissensbasierte Wirtschaft zu transformieren, und eine irrationale Energiepolitik. Das Land wird von ein paar Witzfiguren angeführt, eine kunterbunte Koalition, die nichts auf die Reihe kriegt.“*

Keine Trendwende

Nach der Stagnation im Frühjahr ist die deutsche Wirtschaft offenbar auch im Sommer nicht in Schwung gekommen. Die Wirtschaftsleistung wird – nach Einschätzung der Bundesbank – auch im dritten Quartal unverändert bleiben. Zwar dürfte der Privatkonsum angesichts stabiler Beschäftigung und kräftiger Lohnsteigerungen bei sinkenden Inflationsraten die Konjunktur stützen. Die schwache Nachfrage aus dem Ausland sollte die Industrieproduktion aber weiter belasten. Zudem dämpften die gestiegenen Zinsen die Nachfrage am Bau und nach Investitionsgütern. Die deutsche Wirtschaft bleibe kraftlos, bei weiterhin hoher Inflation. Im vergangenen Jahr hatte der Energiepreisschock infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine die Teuerung insgesamt nach oben getrieben. Zudem bleibe das Lohnwachstum voraussichtlich kräftig – auch über den Jahreswechsel hinaus, schrieben die Experten. Dies sei ein wesentlicher Grund, weshalb die Inflationsrate noch über längere Frist oberhalb von 2 % verharren dürfte. Außerdem verwies die Bundesbank darauf, dass die Immobilienpreise trotz der Zinserhöhungen im vergangenen Jahr kaum gesunken seien. Demnach waren Wohnimmobilien 2022 wie bereits 2021 um 20 bis 30 Prozent überbewertet. Der Auftragseingang der Industrie ist im Juli – gegenüber dem Vormonat – um 11,7 % eingebrochen. Der ifo-Geschäftsklimaindex ist im August – zum vierten Mal in Folge – auf den niedrigsten Stand seit August 2020 gefallen. Das Institut geht für das Gesamtjahr von einer BIP-Schrumpfung um 0,4 % aus. Damit wird Deutschland im Reigen der Euro-Länder, die 2023 – laut EU-Kommission – um durchschnittlich 0,8 % zulegen sollen, die unrühmliche Schlussposition einnehmen.

„Schneller, moderner, sicherer“

Mit aufgesetzt wirkender Reform-Rhetorik versucht die Bundesregierung, von ihrer Unfähigkeit, die zentralen Probleme anzupacken, abzulenken. So hat der Bundeskanzler die Opposition sowie die Länder und Kommunen zu einem *„Deutschland-Pakt“* zur Modernisierung des Landes eingeladen. Die Initiative soll Deutschland *„schneller, moderner und sicherer“* machen. Die Bürger seien den Stillstand leid. Nicht erwähnt hat Scholz die Tatsache, dass seine Partei in den vergangenen 25 Jahren 21 Jahre lang Regierungsverantwortung getragen hat. Der Tagesspiegel bewertet das Vorgehen als *„Trick“*, um die Opposition in die solidarische Pflicht zu nehmen. Andererseits sei der Aufruf ein Zeichen von Hilflosigkeit, um die ideologischen Differenzen innerhalb der Ampelkoalition zu kaschieren. Grüne und Liberale lebten auf getrennten Planeten. Die CDU betont: *„Keines der im ‚Pakt‘ genannten Vorhaben ist neu. Zahlreiche der genannten Vorhaben werden bereits seit Monaten von der Bundesregierung verschleppt.“* Der NRW-Ministerpräsident fühlt sich *„offen gesprochen veräppelt“*. Wüst weiter: *„Der sogenannte Deutschland-Pakt ist ein reiner PR-Gag für Projekte, die ohnehin in der Pipeline sind und wir als Länder schon seit Langem fordern.“* Die Bundesregierung hat sich mit ihrer Ankündigung selbst unter Druck gesetzt. Sie muss jetzt konsequent handeln und liefern. Sollte sich auch der *„Deutschland-Pakt“* letztlich als bloße Beschwichtigungs-Rhetorik und wahltaktisches Lippenbekenntnis ohne messbare Konsequenzen erweisen, wird sie den letzten Rest an Glaubwürdigkeit und Vertrauen verspielen. Die Regierung wird dann mit der Verantwortung leben müssen, die wirtschaftlichen Folgen wären allerdings von den Bürgern und der Wirtschaft zu tragen. Dem römischen Staatsmann und Philosophen Marcus Tullius Cicero (106-43 v. Chr.) wird folgendes zeitlose Zitat zugewiesen: *„Der Staatshaushalt muss ausgeglichen sein. Die öffentlichen Schulden müssen verringert werden, die Arroganz der Behörden muss gemäßigt und kontrolliert werden. Die Zahlungen an ausländische Regierungen müssen reduziert werden, wenn der Staat nicht Bankrott gehen soll. Die Leute sollen wieder lernen zu arbeiten, statt auf öffentliche Rechnung zu leben.“*

Abhängig von Stromimporten?

Nach der Abschaltung der letzten drei deutschen Kernkraftwerke hat Deutschland wesentlich mehr Strom importiert. Nach Angaben des Statistischen Bundesamts sind im zweiten Quartal 7,1 Mrd. Kilowattstunden mehr eingeführt als exportiert worden. Dieses Volumen entsprach fast exakt der Strommenge der letzten noch produzierenden AKW in diesem Zeitraum. Zur Einordnung: Es war der höchste Importüberschuss in einem Quartal seit Beginn dieser Statistik im Jahr 1991. Bis zur AKW-Abschaltung am 15. April 2023 hatte es stets einen deutlichen Exportüberschuss gegeben. Der größte Teil der Stromimporte stammte im ersten Halbjahr 2023 aus den Niederlanden und Frankreich. Abzuwarten ist, ob und in welchem Umfang die Stromversorgung in Deutschland sichergestellt ist, wenn mehrere Negativfaktoren zusammenwirken. Versorgungsengpässe sind zumindest dann nicht auszuschließen, falls die erneuerbaren Energieträger im Inland schwächeln sollten und gleichzeitig die ausländischen Stromlieferanten selbst mit Kapazitätsproblemen zu kämpfen haben. Dann bliebe den deutschen Energieversorgern und -verbrauchern nur die Hoffnung, sich auf gut funktionierende Atomkraftwerke in Frankreich, Belgien und Tschechien verlassen zu können.

„Gefährliche Moralisierung“

Die Justiz gilt bekanntlich als eine der drei Säulen der Gewaltenteilung zur Verteilung der Staatsgewalt auf getrennte Hoheitsbereiche und zum Schutz der Grundrechte. Soweit die Theorie, die von einer Unabhängigkeit der Rechtsprechung ausgeht. Offenbar ist dieser Grundsatz jedoch in der Praxis zunehmend gefährdet. Darauf verweist der Jurist Jens Gnisa, Direktor des Amtsgerichts Bielefeld und früherer Vorsitzender des Deutschen Richterbunds, in bemerkenswerter Deutlichkeit: *„Unsere Justiz wird vergiftet durch schleichende Politisierung, gefährliche Moralisierung und falsche Emotionalisierung.“* Mehr und mehr würden Gesetze als Steuerungsfunktion zur Umsetzung eines politischen Willens behandelt. Gesetze ermöglichten also den Zugriff des Staates, statt die Freiheit des Bürgers zu sichern. Als Beispiele nennt Gnisa die Corona-Verordnungen und die Heizungspläne der Ampelregierung. Die Bürger würden dabei eher als Gefahr für ein übergeordnetes Ziel angesehen, deren Verhalten in den Griff gebracht werden müsse. Der Staat richte sein Handeln nicht am Bürger, sondern an höheren Zielen wie Klima, Pandemie oder Menschlichkeit aus. Der Staat misstraue also mehr und mehr seinen Bürgern. Moral und Emotionen gewannen in der Gesellschaft die Oberhand. Doch das gefährde die Grundlagen unseres Rechtsstaats und überfordere das Justizsystem. Für ihn sei das Justizsystem mittlerweile nicht mehr recht, nur noch billig. Die Neigung der Exekutive, ihren Einfluss auf Legislative und Judikative auszudehnen, darf als systemimmanent bezeichnet werden. Als abschreckendes Beispiel kann die parteipolitische Kungelei bei der Neubesetzung von Richterstellen am Bundesverfassungsgericht gelten. Gerade deswegen sollte die Wortmeldung eines erfahrenen und unerschrockenen Richters wie Gnisa gehört und ernstgenommen werden. Ein Staat, der seinen Bürgern nicht mehr vertraut, sollte sich – frei nach Bertolt Brecht – ein anderes Volk wählen.

Der Unternehmer Dietrich W. Thielenhaus kommentiert aktuelle Entwicklungen in Politik und Wirtschaft.



Dietrich W. Thielenhaus
Gastautor

Als Gastkommentar gekennzeichnete Texte geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder.

Der 'markt intern'-Verlag/Düsseldorf vertritt die Interessen mittelständischer Unternehmer in Handel, Handwerk, Industrie und Dienstleistungsgewerbe. Anzeigenfreiheit erlaubt 'markt intern' eine unabhängige und kritische Berichterstattung in über 20 Informationsbriefen. Der Verlag unterstützt seine Leser in allen unternehmerischen Belangen. Praxishilfen in Form von Sonderbeilagen und Ratgebern komplettieren das Leistungsspektrum.

markt intern Verlag GmbH | Breite Straße 20 | 40670 Meerbusch | Tel.: +49 211 6698-0 | Fax: +49 211 6698-222 | E-Mail: info@markt-intern.de | www.markt-intern.de